

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

in der neuen Ausgabe unseres Newsletters informieren wir unter anderem über die deutschsprachige salafistische Seite *salaf.de*. Außerdem illustrieren wir islamische Streetwear und greifen Diskussionen unter türkischen Jugendlichen über den „Fall Marco“, den „Aleviten-Tatort“ und die aktuelle Gewaltdebatte auf. Wir stellen die viel diskutierte BMI-Studie zu Einstellungen von Muslimen in Deutschland vor, übersetzen einen Beitrag der arabischen Website *Islam-Online*, der vor einer „Kristallnacht“ gegen Muslime warnt, und dokumentieren eine Erklärung der Muslimischen Jugend Deutschland (MJD), die über ein Integrationsprojekt in Konflikt mit dem baden-württembergischen Innenministerium geraten ist.

EDITORIAL	1
1. HINTERGRUND	1
<i>Salaf.de</i> : Schriften und Predigten saudischer Gelehrter (II)	
2. MUSLIMISCHE, ARABISCHE UND TÜRKISCHE STIMMEN	3
Marco, Islamwear, „Aleviten“-Tatort, Islamische Denkfabrik, Islam-Online, Ashura, Massiv, MJD-Protest	
3. PUBLIKATIONEN	12
Rap-Contest, Gazelle-Magazin, ZDK-Bericht, BMI-Studie	
4. AUS DEM PROJEKT	16

Hier noch der Hinweis in eigener Sache: Falls Sie den Newsletter mehrfach bekommen oder nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte in einer kurzen email an info@ufuq.de mit. Wir möchten Sie auch auf den Newsticker auf unserer Seite ufuq.de hinweisen, wo Sie mehrmals wöchentlich aktuelle Einträge zum Thema finden können.

1. HINTERGRUND

Salaf.de: Deutsche Übersetzungen von Schriften und Predigten saudischer Gelehrter (II)

Im ersten Teil unserer Dokumentation der deutschsprachigen Website *salaf.de* ([↗](#)) ging es unter anderem um die Rolle Saudi-Arabiens bei der Verbreitung eines salafistischen Islams. In Deutschland tritt diese Strömung beispielsweise im Umfeld von Predigern wie Pierre Vogel und Abdul Adhim Qamous in Erscheinung. Kern dieser Ideologie ist die Autorität der religiösen Quellentexte (Koran und Sunna) und der zu ihrer Auslegung

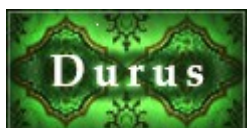
befugten Gelehrten. Auf der Seite *fataawa.de*, die zum virtuellen Netzwerk von *salaf.de* gehört, heißt es dazu: „Da wir nicht in der Lage sind, noch dazu befähigt, Urteile in religiösen Angelegenheiten selbst zu fällen, müssen wir auf die Gelehrten des Islam (...) zurückgreifen.“ In der Tradition dieser Gelehrten sei zwischen den vertrauenswürdigen (ahl al-sunna) und solchen Gelehrten zu unterscheiden, die „Neuerungen“ verbreiten würden (ahl al-bida'a). Deutlich wird hier die autoritative Stellung von Gelehrten gegenüber eigenständiger Meinungs- und Urteilsbildung – was seine besondere Bedeutung auch dadurch erfährt, dass gerade der salafistische Islam darauf besteht, dass die Religion alle Lebensbereiche regeln solle.

Dabei geht es den Betreibern von *salaf.de* um die Rückkehr zu einem ihrer Meinung nach richtigen und authentischen Islam. Verbreitet werden soll dieser sowohl unter Muslimen als auch unter Nicht-Muslimen. Unter der Rubrik „Über uns“ werden als Ziele genannt: „Belehrung“ und „Warnung“ der Muslime und „Befreiung“ vom Polytheismus, die „Rückkehr zum heiligen Koran“, die „Reinigung“ der Sunna von „erlogenen Berichten“, die „der Klarheit des Islam geschadet“ hätten, „Erziehung

und Unterweisung der Muslime zum richtigen Islam“, die „Wiederbelebung islamischen Gedankenguts“ und – bezogen auf islamische Länder – die „Wiederherstellung einer islamischen Legislative“.

Zur Verwirklichung dieser Ziele sollen die aus dem Arabischen und dem Englischen ins Deutsche übersetzten Schriften beitragen. Einer der inhaltlichen Schwerpunkte dieser Schriften und Predigten ist die Auseinandersetzung mit den „kuffar“, den Ungläubigen. Zu ihnen zählen nach diesem Verständnis nicht nur Angehörige anderer Religionen, sondern vor allem auch jene Muslime, die nicht den „eindeutigen“ religiösen Vorgaben, sondern „menschengemachten“ Gesetzen folgen wollen – so jedenfalls sieht es Scheich Abdul Aziz al-Radschihi, der den Lesern als „einer der bekannten Gelehrten Saudi-Arabiens“ und als Vertrauter des früheren saudischen Muftis Ibn Baz vorgestellt wird. In seinem Text über den *shirk* (Polytheismus und Götzendienerei) greift er überdies die Schiiten an, die „noch gefährlicher“ seien als Juden und Christen. Und wer als Muslim „die Juden, die Christen, die Parsen, die Götzendiener, die Heuchler oder die Kommunisten nicht als Ungläubige ansieht, so ist er selbst ein Ungläubiger“ – und geht als solcher in die Hölle.

Ähnlich argumentiert Scheich Ali Abdur-Rahman al-Hudhaifi in einer von *salaf.de* als „historisch“



Webseiten aus dem Salaf-Netzwerk

beschriebenen Predigt, die 1998 in Medina gehalten wurde. Einem interreligiösen Dialog werden hier klare Absagen erklärt: Der Islam erlaube zwar „keine Vorurteile auf der Basis von Rasse und Hautfarbe“, Juden- und Christentum seien dem Islam jedoch untergeordnet. Der Islam werde die Welt „kontrollieren“ und es sei Pflicht eines jeden Muslims, dafür zu sorgen, dass dies geschehe. Deshalb dürfe ein Muslim sich auch nicht mit den „kuffar“ vermischen oder befreunden: „Es schmerzt uns Muslime zu hören, dass man zur Versöhnung zwischen den Religionen und zur Versöhnung zwischen (den Sunniten) und der Schia aufruft“. Es seien die großen Weltmächte, allen voran das „von Juden beherrschte“ Amerika, welche den Islam und die Muslime unterwerfen und in Kleinstaaten aufteilen wollten. Die Juden bezeichnet der saudische Gelehrte als „satanisch“, ihr Glaube sei materialistisch, trüge die „Bosheit gegenüber der Menschheit“ in sich und sei „eingetaucht in moralischem Zerfall, Habsucht und Begierde“.

Diese Weltanschauung weist deutliche Parallelen zur Ideologie Al-Qaidas und anderer militanter Strömungen auf. Im Unterschied zu diesen Gruppierungen beziehen sich die Gelehrten allerdings positiv auf das saudi-arabische Königreich. Zudem distanzieren sie sich ausdrücklich vom jihadistischen Terror und lehnen die Praxis des *takfir* (d.h. der Erklärung anderer Muslime zu Ungläubigen) ab. Dies geschieht jedoch offensichtlich vor dem Hintergrund, dass Saudi-Arabien und seine Herrscher selbst zum Ziel von *takfir* und islamistischem Terror geworden sind. Ignoriert wird hier, dass es die vielfältigen Feindbilder der salafistischen Ideologie selbst sind, die den Nährboden der jihadistischen Strömungen liefern.

Auch *salaf.de* beteuert: „Die Betreiber der *Salaf.de* Seite sind fern von jeglichen politischen Parteien, Sektierertum, gewaltorientierten Gruppen, Terroristen und Rebellen.“ Trotzdem ist jedem der seit Oktober 2001 veröffentlichten Texte eine Art „Haftungsausschluss“ vorangestellt. Darin heißt es: „*Salaf.de* hat sich selbst verpflichtet, authentisches Wissen über den Islam zu publizieren. Hierbei ist es unumgänglich über gewisse Praktiken eines islamischen Staates mit islamischer Gesetzgebung zu sprechen, die im Widerspruch zur hiesigen Ordnung stehen. Die Darstellung solcher Inhalte ist keinesfalls als Aufruf zur Umsetzung, sondern nur als Aufklärung über die islamische Sichtweise zu verstehen.“

2. MUSLIMISCHE, ARABISCHE UND TÜRKISCHE STIMMEN

Der Fall Marco: 'Führen wir hier einen Stellvertreterkrieg?'

Die Debatte um den 17-jährigen Marco W., der in der Türkei wegen sexuellen Missbrauchs einer Schülerin angeklagt ist, beschäftigte auch die deutsch-türkische Online-Community. Im Forum *turkish-talk.com* fragt „ali“: „weiss einer von euch was da wirklich vorgefallen ist. ob nun sex oder nur küssen oder nur flirten...? oder reicht das thema einfach nur dadurch weil es mit der türkei zu tun hat???“

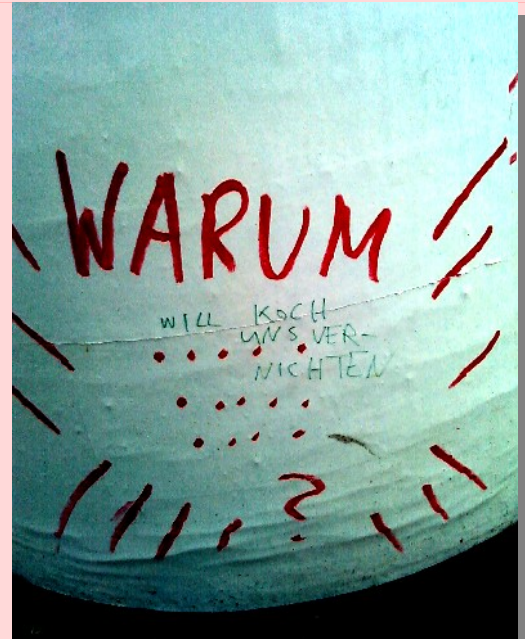
Für die deutsche Öffentlichkeit, so vermuten viele Kommentatoren, biete der Fall nur eine weitere Gelegenheit, um Vorbehalte gegenüber einem EU-Beitrag der Türkei zu bekunden.

„TürkeiTürke“ schreibt dazu: „also ich verstehe nicht was wir hier nun kritisieren? kritik dass der junge in der türkei festgenommen ist oder kritik an türkischen justiz? also bitte, nur der junge hat kein schuld, alle anderen haben schuld?“ „CoolworX“ bringt die Bedenken auf den Punkt: „wenn der deutsche Junge auf holländischem Boden im Knast sitzen würde, wäre es wahrscheinlich nicht zu einem solchen Medienorgasmus gekommen! Es sind halt (wie schon immer), ‚die Türken‘...“

Auch „Dini2020“ verteidigt die türkische Justiz: „Es kam ja nicht die türkische Polizei und hat gesagt: ‚So ich hab dich knutschen oder sonst was sehen, jetzt komm ma mit ins Gefängnis!‘ Es wurde eine Anzeige wegen Sexuellen Mißbrauch gemacht, und egal in welchem Land, MUSS die Polizei allen Hinweisen nachgehen!“

„Izzet“ sieht dies ähnlich und stellt im deutsch-türkischen Forum *politikcity.de* fest: „Der sitzt nicht im Gefängnis, weil einer ein Techtel Mechtel hatte - Der Vorwurf ist Kindesmißbrauch.“

Als die Diskussion zu einer Abstimmung über das türkische und deutsche Justizsystem zu werden droht, äußert „MemoSan“ seine Unzufriedenheit: „Haben alle nur darauf gewartet endlich ihre alten Vorurteile wieder hervor kramen zu können??? Führen wir hier auf einmal einen Stellvertreterkrieg wegen der vielen Ressentiments die wir gegenseitig haben?“ Ähnlich reagiert auch „Yassu“ auf die



Graffiti an einer Litfass-Säule in Neukölln

Debatte um Jugendgewalt

Die Debatte um Gewalttaten von jugendlichen Migranten wird in der deutsch-türkischen Öffentlichkeit mit Skepsis verfolgt. In einem offenen Brief (↗) fordern mehrere deutsch-türkische Persönlichkeiten eine Versachlichung der Debatte, da ansonsten eine Polarisierung der Gesellschaft zu befürchten sei. In einer Presseerklärung warnten zahlreiche islamische Verbände und Migrantenorganisationen, darunter der Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland, vor einer Kulturalisierung und Ethnisierung von sozialen Konflikten. Gülşah Koç, die Redakteurin der deutschsprachigen Beilage der türkischen Tageszeitung *Hürriyet*, geht in einem Kommentar noch einen Schritt weiter: Sie sieht Parallelen zwischen der rassistischen Hetze der NPD und den Wahlkampforderungen der hessischen CDU. (↗)



Ashura in Deutschland

Auch in Deutschland wurde am 10. Tag des islamischen Monats Muharram der Ashura-Tag begangen. In Berlin lud die schiitische Vereinigung Irshad am 10. Januar 2008 zu einer Ashura-Veranstaltung ein. (Foto) Im schiitischen Islam erinnert der Tag an die Schlacht von Kerbala im Jahr 680, in der Hussein Ibn Ali getötet wurde. Der Tod Husseins, der von den Schiiten als legitimer Nachfolger Muhammads angesehen wurde, wird als Märtyrertum betrachtet. Ashura wird mit Gedenk- und Trauerveranstaltungen begangen und steht für den Kampf gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung, in dem Hussein, der Enkel Muhammads, gestorben sei. Oft werden diese Feierlichkeiten mit Passionsspielen verglichen. In der hiesigen Öffentlichkeit werden die Ashura-Feiern vor allem mit Selbstgeißelungen in Verbindung gebracht, mit denen der Tag in manchen Regionen begangen wird.

Einträge: „Sie können es nicht lassen. Über den eigenen Schatten zu springen ist eben nicht einfach und außerdem: ‚Right or wrong, it's my country‘ Nationalstolz - billig zu haben, kommt aber teuer zu stehen.“

Trotzdem erntet „Claudia0104“, offenbar deutscher Herkunft, die sich kritisch über das Verhalten der 13-jährigen äußert, heftige Reaktionen. Auf ihre Position, dass „ein Mädels, was in der Lage ist, sich 14 Tage lang im Urlaub die Nächte in Discos rumzuschlagen und Alkohol bis zum Abwinken zu trinken“, wohl auch als Zeugin in einem Prozess aussagen könne, antwortet „ali“: „wahnsinn, woher habt ihr diese wahrheiten? seit ihr im nachbarzimmer gewesen? oder habt ihr mitgetrunken? im übrigen kann sie wirklich trinken bis zum umfallen! das berechtigt trotzdem niemanden sich an ihr zu vergehen? der täter ist immer noch marco! nicht die 13 jährige!!!“ Diese Täter-Opfer-Perspektive betont auch „kUmPaRa“. Er fragt: „Wo sind eigentlich die deutschen Mahnwachen für das britische Opfer?“

Tatort-Debatte: „Ihr“ und „Wir“?!

Auch die Diskussionen um den NDR-Tatort „Wem Ehre gebührt“ schlugen sich in deutsch-türkischen Internetforen nieder. Dabei ging es unter anderem um Solidaritätsbekundungen für die Aleviten wie jener des türkischen Premierministers Erdogan. Viele alevitische Stimmen verwehren sich dabei einer Vereinnahmung von türkisch-sunnitischer Seite und verweisen auf anhaltende Diskriminierungen der Aleviten, die in der Türkei nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt sind.

Vor diesem Hintergrund bewertet der User „cafedelso“ im deutsch-türkischen Forum *turkish-talk.com* den Tatort: „eine Bestätigung der Lügen von den sunniten!!! Unter anderem wird den aleviten eben in zest vor-

geworfen (totaler quatsch) In der Serie Tatort hat der Vater seine Tochter vergewaltigt..., somit regen sich die A. ZU RECHT auf. Weil die Vorurteile gegen die Aleviten erstrecht noch bekräftigt werden! Für die Aleviten geht es hier nicht mehr nur um religion“. Überdies sieht „cafedelso“ in der Debatte die Realität alevitischer Migrantinnen in Deutschland gespiegelt und be-

klagt, dass Aleviten sowohl von Deutschen als auch von türkischen Sunniten diskriminiert würden: „mensch, du bist hier aufgewachsen, fühlst dich teilweise sogar manchmal deutsch, denkst oft deutsch...in der türkei bist du deutschländer, hier bist du ausländer und zählst als primat, der den ganzen tag an einen cihad denkt... dann kommt dazu, dass du von deinem eigenen volk diskriminiert wirst.“

Gegen eine solche Sichtweise wendet sich der türkischstämmige User „taiga“: „ist doch völlig egal, gegen wen dieser vater betet...wenn er sein kind missbraucht...“. „Taiga“ geht es um den fiktiven Gehalt des Films, ganz gleich welcher Religion oder Religionsgemeinschaft der vergewaltigende Vater angehört. „semeyale“, der sich als alevitisch zu erkennen gibt, meint dazu: „Problematisch ist lediglich, dass dieser Film ein sehr empfindliches Thema angesprochen hat, sicherlich ohne die Hintergründe zu kennen. Es handelt sich hier um ein Thema, dass zu früheren Zeiten dazu genutzt wurde, um die Aleviten schlecht zu machen. Nun haben sie sich aus dieser Lügengeschichte befreit und der Film wärmt dieses Gerücht wieder auf. Das ist vielleicht nicht absichtlich geschehen, aber dennoch sehr unsensibel, denn leider haben die Aleviten noch nicht bei jedem einen festen und guten Stand.“



Aufruf zu Protesten gegen den NDR-Tatort "Wem Ehre gebührt"

Deutlich rabiater äußert sich „Jack Daniels“ im deutsch-türkischen Portal *politikcity.de*. Er fällt mit seiner Position indes aus dem Rahmen: „Diese Sache kann nur noch durch Blut bereinigt werden. Wenn am Samstag die Türme aus menschlichen Schädeln den Dom überragen, wird man es sich nochmal überlegen solche Szenarien zu schreiben!“

Sunnitische Forumsmitglieder kritisieren die Diskussion als „Strategie der Aleviten zur Spaltung zwischen Aleviten und Sunniten“. So schreibt „verda“ über alevitische Reaktionen auf die Solidaritätsbekundungen der türkisch-sunnitischen DITIB: „die sunniten dreschen auf die tatort-macher ein und nehmen die aleviten in schutz und die aleviten dreschen leider gottes auf die sunniten ein.. da fragt man sich doch was man davon halten soll...“

Noch deutlicher ist der zynische Kommentar von „carlitos“: „Ich und auch andere haben den Eindruck, dass einige nur einen Vorwandt gesucht haben, um es uns sunnitisch-islamitischen-terrorfundemantelisten so richtig heimzuzahlen und sich von uns zu distanzieren.“ Selbstkritisch reflektiert dagegen „Mandrake“ die Diskussion um Religion und Zugehörigkeit unter den jugendlichen Forumsmitgliedern. Er bedauert, dass es nur noch darum gehe, ob Sunniten oder Aleviten denn nun Recht hätten: „Schaut euch mal alle diesen Thread an. Tatsächlich haben wir schon angefangen, von ‚ihr‘ und ‚wir‘ zu reden. Das wird durch die gesamte Gesellschaft gehen, wenn wir nicht gemeinsam da Einhalt gebieten.“

Islamische Denkfabrik: „Wir sind die Ummah“

Auf der Seite „Islamische Denkfabrik“ geben Gedichte, Theaterstücke und Kurzfilme einen Einblick in Themen, die aktuell unter religiösen jungen Muslimen diskutiert werden. Vor allem mit ihren professionell gemachten Filmen, in denen verschiedene Stereotype über Muslime auf die Schippe genommen werden, hat sich die Islamische Denkfabrik (IDF) einen Namen gemacht. Auf waymo.de, dem Multimedia-Portal des Zentralrats der Muslime, gehören die Clips ([↗](#)) zu den beliebtesten Beiträgen. Inhaltlich gibt es zahlreiche Überschneidungen mit der Muslimischen Jugend Deutschland, deren programmatisches Buch „Jung und Muslim“ von Murat Demiryürek (s. Newsletter Nr. 2/2007) auch hier ausführlich gelobt wird. Im Vordergrund stehen wertkonservative Deutungen des Islams, in denen die Gefahren schlechter Einflüsse betont werden, und die Zugehörigkeit zur islamischen Gemeinschaft („Wir sind die Ummah“).

Wie die Kurzfilme geben auch die Gedichte Stoff zur Diskussion. In ihnen thematisieren Jugendliche den Einfluss des Teufels, den Zustand der islamischen Ummah und die Notwendigkeit, sich dem islamischen Glauben zuzuwenden. Charakteristisch für die Auseinandersetzung dieser Strömung mit dem Christentum ist das Gedicht „Mein Jesus“ von Habib Yavuz, das auf der Seite wiedergegeben wird. Darin kommen Vorbehalte gegenüber dem Christentum zum Ausdruck, die unter konservativen Muslimen kursieren. Gleichzeitig macht das Gedicht auch deutlich, inwiefern gerade die Ähnlichkeit zwischen den Religionen zur Grundlage von Ablehnung und Entwertung des Anderen werden kann. In dem Gedicht über Jesus, der auch im Islam als Prophet verehrt wird, heißt es:

„Deine Prophetenmission ist nur noch Spott, denn sie machten aus dir einen Gott, so entfernten sie dich aus ihrem Leben, ihnen sind menschliche Konzilsversprechen geblieben.

Das alles taten sie nach deinem Abgang, dem Monotheismus bescherten sie den Untergang, wie wäre bloß deine Reaktion gewesen, kamst du doch, um diese Krankheit zu genesen. (...)

Eigentlich müsste die Bibel Aufschluss geben, wenn man diese nicht hätte verändert nach belieben, doch Jesus, mein geliebter und geachteter Prophet, Gott sei dank, das im Koran die Wahrheit über dich steht.

Mein Jesus, ich kann dich nicht diesem Irrglauben überlassen, werde aufklären, auch wenn sie mich dafür hassen, du musst wieder deinen gerechten Platz finden, deine islamische Lehre hat wieder Einzug finden!“ ([↗](#))

islamische
denkfabrik
präsentiert

OPFERE DAS TIER

AUCH IN DIR

16 12 2007

Krefeld

BEGINN 15 00
KAYA PLAZA
Gladbacher Str. 411 | 47805
www.islamischedenkfabrik.de

EINTRITT FREI
kein Eintritt für Kinder
unter 12 Jahren

Veranstaltung der IDF zum Opferfest

Massiv: 'Für alle Mütter in Deutschland'

Knapp zwei Wochen vor der Veröffentlichung seines neuen Albums „Ein Mann, ein Wort“ wurde der Berliner Rapper Massiv in Berlin-Neukölln angeschossen. Der Sohn palästinensischer Flüchtlinge steht mittlerweile bei Sony BMG unter Vertrag, wo das Bild eines Sängers „von der Straße für die Straße“ gepflegt wird. So heißt es auf der Sony-Homepage über Massiv:

„Er weiß, wie es sich anfühlt, in den Nachrichten vom Aufschwung zu hören, aber selbst nichts in Aussicht zu haben. Er kennt das Leben am Rande der Gesellschaft. Und für genau diese Leute, von denen es in Deutschland immer mehr gibt, will er sprechen. Er will ihnen Mut machen, Armen, Kranken, Flüchtlingen auf der Suche nach einem besseren Leben. Daher reicht es ihm längst nicht mehr, nur hart zu rappen. Massiv ist reifer geworden. Er hat etwas zu sagen. So bietet er mit seiner Musik nicht nur die sprichwörtliche starke Schulter zum ausweinen.

Er versteht es auch, Schwächen zu zeigen und Fehltritte zu bereuen. Massiv ist kein abgehobener Rapper, der sich in Luftschlössern verschanzt. Er hat die Bodenhaftung nicht verloren und auch nicht seine Erziehung vergessen.“ Das Snippet seines Albums, das im Internet vorab verbreitet wurde, bietet einige Auszüge aus seinen neuen Stücken. Darin bezeichnet sich Massiv als ‚multikriminell‘, als ‚Bombenleger‘ und ‚vorbestrafter Attentäter‘. Sozialkritik vermischt sich hier mit Ghetto-Romantik, der Verklärung von Freiheitskampf, Gesetzlosigkeit und Gemeinschaft. In verschiedenen Texten werden diese Themen angesprochen:



Jugendgewalt: *Al-Salam* über einen Moscheebesuch des Neuköllner Bürgermeisters

Das in Berlin erscheinende arabischsprachige Monatsmagazin *Al-Salam* berichtete in der Dezember-Ausgabe 2007 von einer Diskussion, in die der Bürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, während eines Moschee-Besuches anlässlich des Fastenmonats Ramadan verwickelt wurde. Buschkowsky hatte in seiner Rede die Rolle betont, die den Familien bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität zukomme. Von den Besuchern der Moschee wurde er daraufhin auf die vielfältigen Diskriminierungen hingewiesen, denen Migranten in Deutschland ausgesetzt seien. Sie erschweren die Integration und seien eine Ursache der Gewalt. Der Autor des Berichts in *Al-Salam* lässt diesen Einwand so nicht gelten. Er hebt die Bedeutung hervor, die nicht zuletzt die Imame spielen, wenn es darum geht, Gewalt in der Öffentlichkeit, aber auch in der Familie zu unterbinden.

„Schon mit vierzehn wurde ich das erste Mal verhaftet, bin ein Wiederholungstäter mit ner kriminellen Akte. Der die Hehlerwaren in den Keller packte. Ich hab paketeweise Drogen geschmuggelt, ich hab gefälschte Zigaretten über Grenzen geschmuggelt.“

Im Lied „Palästina“ heißt es: „Palästina – mein gelobtes Heimatland. Ihr vertrocknet unser heiliges Land, habt uns verboten zu atmen und unsre Erde verbrannt. Palästina! Ich hab den Stein in der Hand, wir sind das Volk der Unterdrückten, mit Koran um den Hals.“

Ganz andere, aber zum Gesamtbild passende Töne bietet dagegen das Lied „Mama“:

„Mama, dieser Song ist nur für Dich... (und für alle Mütter in Deutschland). Mit 16 Jahren hast Du mir das Licht der Welt geschenkt, Du hast mich gestillt und kaltes Regenwasser warm gestellt. Du hast mich an den kalten Tagen zärtlich zugedeckt..., mir öfters mal Atari-Spiele zugesteckt. Du standest Schlange bei der Caritas an, Du warst geduldig! Mama, danke für den gut gefüllten Kleiderschrank! Stolze Mütter bringen Kinder in den Kindergarten, wir waren Asylanten mit nem ganz kaputten Kinderwagen.“



Islamische Streetwear: „Go spread the word“

Popkultur und islamischer Lebensstil verschmelzen im Alltag junger religiöser Muslime. Die Begriffe „Pop-Islam“ oder „Wellness-Islam“ beschreiben eine islamische Alltagskultur, in der Elemente moderner Jugendkulturen aufgegriffen werden. Dabei geht es nicht nur um trendbewusste Kleidung, Musik und Lifestyle. Die T-Shirts, Schlüsselanhänger, Kaffeetassen und Kugelschreiber, die mit islamischen Motiven gestaltet sind, verbinden *street credibility* mit einem sichtbaren und offensiven Bekenntnis zum islamischen Glauben. Sie schaffen Identität und Gemeinschaft und transportieren eine Botschaft.

Online-Läden wie *Islamicstatewear.com*, *Muslimgear.com* und *Wearaloud.com* waren mit Hoodies und Mützen lange vor allem in den USA und Großbritannien erfolgreich. Mittlerweile hat dieser Trend auch in Deutschland Fuß gefasst. So bietet der Laden *comuni-t.com* „T-Shirts und Sweatware für die junge Ummah“. Die Motive haben eine ausdrücklich religiöse Botschaft. „Leaving Jahiliyah“ beispielsweise mahnt, den Zustand der Ungläubigkeit hinter sich zu lassen, und auch das Motiv „Notausgang Moschee“ ist ein Bekenntnis zum Islam als Lösung individueller Probleme.

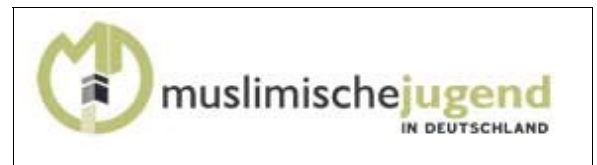
Nicht weniger eingängig sind die Motive der deutschen Firma *Styleislam.com*, die auf verschiedenen islamischen Websites beworben wird. Über ihr Selbstverständnis schreibt *StyleIslam*:

„Unser Label *Style Islam* steht für zeitgemäße Lifestyle-Produkte im Streetstyle und Casualwear-Bereich, stets mit einem Touch Orient, denn hier liegen unsere Wurzeln. Wir entwerfen Klamotten und bieten darüber hinaus auch Musiktitel und Videos von und für unsere Brüder, Schwestern und alle Interessierte. Ein multimediales Produktpaket mit Style und Charakter – passgenau für die junge islamische Community. Die Skizzen, Motive und Slogans auf unseren Produkten sind nicht nur funky, sondern haben auch Inhalt. Wir kommunizieren den Islam in der Sprache der Jugend, ohne dabei unsere Werte zu verlieren. Checkt unsere Produkte und zeigt wer wir sind. *StyleIslam* – go spread the word.“

Streit um Förderung der Muslimischen Jugend Deutschland (MJD)

Die Muslimische Jugend Deutschland (s. auch Newsletter Nr. 2/2007) kritisiert die Entscheidung des baden-württembergischen Innenministeriums, die Förderung des bereits bewilligten Integrationsprojekts „Insider statt Outlaw: Vom Rädelsführer zum Jugendleiter“ zu stoppen. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Jugend aus Russland (DJR) zielte das Projekt darauf, in Freiburg Ortsgruppen aufzubauen und über die verbandliche Jugendarbeit „junge Muslime und Russlanddeutsche sozial zu integrieren“. Das Projekt wurde von den Freiburger Vereinen NEW e.V. und Open Mind getragen.

Zwar werden für die Absage der Förderung offiziell finanzielle Unstimmigkeiten angegeben, ausschlaggebend für den Rückzieher sind aber wohl politische Bedenken: Der 1994 gegründeten MJD wird immer wieder vorgeworfen, islamistischen Positionen und Netzwerken nahe zu stehen. Bereits im Jahr 2003 wurde die Förderung eines Projekts der MJD vom Familienministerium gestoppt, nachdem der Berliner Verfassungsschutz "organisatorische und personelle Berührungspunkte" mit der Muslimbruderschaft und dem mittlerweile verbotenen, Hamas-nahen Al-Aqsa-Verein aufgezeigt hatte. Außerdem wurden der MJD und ihren Projekten missionarische Ambitionen vorgeworfen.



Fünf Jahre später ist es nun der baden-württembergische Verfassungsschutz, der mit einer ähnlichen Argumentation ein bereits bewilligtes Projekt stoppt. Von einem „generellen Verdacht“ gegenüber der MJD spricht der Projektträger in einer Pressemitteilung (↗) – womit erneut der Vorwurf einer vermeintlichen Nähe des muslimischen Jugendvereins zu islamistischen Positionen und Organisationen gemeint ist. Tatsächlich wird der Verein im Landesverfassungsschutzbericht geführt, weil er Verbindungen zur radikalen Muslimbruderschaft unterhalten soll. Als Beleg für den Islamismus-Vorwurf wird unter anderem auf ein Buch hingewiesen, das von der MJD herausgegeben wurde. Dort heißt es etwa: „Wenn ihr Beamte in einem nicht-islamischen System werden wollt, dann werdet nicht Beamte des Systems, sondern dort Beamte des Islams.“

In einem SWR-Interview (↗) erklärte der Projektbeauftragte und stellvertretende Vorsitzende der MJD, Hisham Abul Ola, dass es an dieser Stelle und im gesamten Buch nicht um politische Fragen, sondern lediglich um eine allgemeine Orientierung gehen würde, die der Islam den jungen Muslimen in allen Lebensbereichen bieten könne. Die MJD sei eine vollständig unabhängige Jugendorganisation, der es um die Integration von jungen Muslimen in Deutschland gehe. Deshalb arbeite man auch deutschsprachig. Er hoffe, so Abul Ola, dass es nicht weitere 30 Jahre dauere, bis der Islam als Teil der deutschen Gesellschaft akzeptiert würde und sich Muslime heimisch fühlen könnten.

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Erklärung der MJD (↗), die sie unter dem Titel „Innenministerium Baden-Württemberg verhindert bewilligtes Integrationsprojekt mit jungen Muslimen. Verfassungsschutzbericht wirkt wieder mal als Integrationsbremse“ veröffentlichte:

„Ein vom Innenministerium Baden-Württemberg (IM), im Rahmen des Programms 'Kriminalpräventive Modellprojekte' zunächst bewilligtes Projekt mit dem Titel 'Insider statt Outlaw' wurde aus zweifelhaften Gründen und unhaltbaren Vorwürfen gegen die MJD vom Ministerium selbst verhindert. Das Integrationsprojekt sah vor, modellhaft den Aufbau und die Ansiedlung nachhaltiger verbandlicher Jugendarbeit für junge Muslime und deutsche Aussiedler aus Russland in Freiburg zu fördern und zu unterstützen. Im Zuge des Projektes sollte u.a. der MJD-Lokalkreis Freiburg an die bestehenden Strukturen der örtlichen Jugendarbeit angegliedert werden. (...) Die MJD war über den positiven Bescheid des Innenministeriums hoch erfreut und sah darin den

ersten Schritt, den ein Ministerium in Baden-Württemberg auf die organisierte deutschsprachige muslimische Jugendarbeit machte. (...)

Im weiteren Verlauf hat uns dann vorrangig die Behauptung des Innenministeriums, dass 'die MJD extremistische Tendenzen aufweist und vom Verfassungsschutz beobachtet wird' und daher '[e]ine Einflussnahme der MJD auf das Gesamtprojekt nicht akzeptiert werden [kann]', erschüttert. Mit dieser Aussage werden die jahrelangen Bemühungen der MJD für Integration und gesellschaftliche Beteiligung zunichte gemacht. Sie stellt eine Diskriminierung und Geringschätzung der gesamten organisierten muslimischen Jugendarbeit dar. (...)

Hinzu kommt die faktisch falsche Einschätzung im Verfassungsschutzbericht 2005 von Baden-Württemberg, der durch unbelegte Verdächtigungen und Vorwürfe die MJD dem politischen Islamismus zuordnet. (...) Dies ist umso bedauerlicher im Hinblick auf das jüngst veröffentlichte Drohvideo der Globalen Islamischen Medienfront (GIMF), in dem auch explizit der MJD vorgeworfen wird, der 'Religion der Demokratie' verfallen zu sein und demnach keine 'wahren' Muslime, sondern 'Freunde von Christen und Juden' zu sein.

In dieser Situation vermissen wir den gebotenen Rückhalt durch die Sicherheitsbehörden. Statt Anerkennung und Förderung unserer langjährigen integrativen Arbeit, wird unsere Arbeit von einigen Sicherheitsbehörden als Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung betrachtet und eine Zusammenarbeit mit uns aktiv erschwert. (...)

Wir bemühen uns um größtmögliche Transparenz und möchten unsere Arbeit nicht anhand von unseriösen Berichten, sondern anhand unserer Worte und Taten, bewerten lassen. Dies beinhaltet einen fairen Austausch und einen gegenseitigen respektvollen Umgang auf gleicher Augenhöhe, den wir in diesem Fall leider vergeblich mit den Behörden gesucht haben. (...)

Unser Appell an die Behörden ist, dass sie sich, in dem sie mit uns reden, selbst ein

Bild von uns machen. Die Existenz und der Erfolg der MJD zeigen, dass es in Deutschland ein Bedürfnis nach deutschsprachiger muslimischer Jugendarbeit von und für Jugendliche gibt. Der MJD ist es dabei ein besonderes Anliegen, dass nicht nur die muslimischen Jugendlichen einen Nutzen davon tragen, sondern dass die gesamte Gesellschaft hiervon profitiert. (...)

In der langjährigen Erfahrung der MJD sehen wir die Chance einen besseren Zugang zu den auffällig gewordenen Jugendlichen zu finden und sie durch intensive Betreuung nicht nur von kriminellen Handlungen abzuhalten, sondern sie darüber hinaus zu befähigen, sich als produktive Mitglieder der Gesellschaft für das Wohl der Gemeinschaft einzusetzen. Diesen konstruktiven Weg werden wir auch weiterhin gehen."



Ankündigung eines MJD-"Brüdermeetings"

Islam-Online: ‚Droht in Europa eine Kristallnacht?‘

Die aktuellen Debatten um den Islam in Europa spiegeln sich auch in islamischen Medien und Artikeln wider. Dabei kommen nicht nur europäische Muslime zu Wort, auch unter nicht-europäischen Muslimen verfolgt man die Entwicklungen mit gemischten Gefühlen. Exemplarisch dafür steht ein arabischsprachiger Beitrag im international bekannten Web-Portal *Islam-Online*, das regelmäßig über „islamische“ Themen aus Europa berichtet. Unter dem Titel „Die Muslime Europas im Jahr 2008 – auf dem Weg zum ‚Kristalljahr?‘“ schildert Hadi Yahmid Befürchtungen, die gegenwärtig unter europäischen Muslimen kursieren. (7)

Der Vergleich der heutigen Situation der Muslime mit den Verfolgungen der deutschen Juden



in den 30er Jahren macht dabei auf der einen Seite die Selbstviktimsierung, die Irrationalität und die politisch-ideologische Instrumentalisierung dieser Ängste deutlich. Auf der anderen Seite steht er für die spürbare Verunsicherung, mit der die aktuellen Auseinandersetzungen in weiten Teilen der muslimischen Bevölkerung verfolgt werden. In dem Artikel heißt es:

„Die ‚Kristallnacht‘ ist jedem Juden ein Begriff, der während des Holocaust in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts gelebt hat. Die Kristallnacht war die entscheidende

Islam-Online:
‘Die Muslime Europas im Jahr 2008 - auf dem Weg zum ‘Kristalljahr?’

ende Nacht, in der das nationalsozialistische Deutschland den endgültigen Entschluss fasste, der Präsenz der Juden in Europa ein Ende zu bereiten.

Viele, die heute die Entwicklungen in Europa beobachten, zögern nicht, von einem ‚kalten Kristalljahr‘ zu sprechen, das den Muslimen Europas im kommenden Jahr drohen könnte. Schließlich habe die Angstmache vor dem Islam (Islamophobie) in den vergangenen Monaten so zugenommen, dass dieses Jahr durchaus zu einem Schicksalsjahr werden könnte.

Im Unterschied dazu gehen die Optimisten davon aus, dass das Jahr 2008 die vollständige Anerkennung der europäischen Muslime als Bürger mit allen Bürgerrechten bringen werde. Sie verweisen auf die Wahlversprechen von Kandidaten in fast allen europäischen Ländern, die angekündigt haben, um die Stimmen der Muslime zu werben.

Die Pessimisten – also diejenigen, die ein ‚Kristalljahr‘ befürchten – berufen sich auf das Bild einer mit roter Farbe durchgestrichenen Moschee, das jüngst von der rechten Bewegung ‚Die Islamisierung stoppen!‘ während einer Demonstration vor dem Sitz des Europäischen Parlaments in Brüssel gezeigt wurde. Das Bild ist aus ihrer Sicht ein Hinweis auf die wachsende Ablehnung des Islams – eine Ablehnung, die mit der Situation der Juden während des Zweiten Weltkrieges vergleichbar sei, als man den Juden den ‚Judenstern‘ an die Brust geheftet habe.

Erwähnenswert ist auch, dass es die jüdisch-französische Forscherin Esther Benbassa ist, die zu den ersten zählte, die vor einem solchen ‚Kristalljahr‘ der Muslime warnten. In ihrem Buch ‚Gestern die Juden, heute die Muslime‘ läutet sie die Alarmglocken, um vor dem zu warnen, was den Muslimen seitens rassistischer Strömungen (in Europa) drohen könnte.“

Auch in der Einwanderungspolitik äußere die Ablehnung des Islams, schreibt Yahmid weiter: „(Die Regierung in) Paris hat sich verpflichtet, 26.000 Einwanderer festzunehmen und in ihre Herkunftsländer abzuschicken. Menschenrechtsorganisationen sprechen angesichts der Verhaftungen von Ausländern von einer ‚Ausländerjagd‘, die an die ‚Judenjagd‘ während der 40er Jahre erinnert. Es ist bemerkenswert, dass sich die Orte ähneln, an denen diese ‚Jagd‘ stattfindet. Es sind die Straßen und die U-Bahn-Höfe, an denen schon die Juden wegen ihres Aussehens und ihrer Hautfarbe herausgegriffen wurden. Genauso geschieht es heute den arabischen und afrikanischen Migranten. (...)

„Die Islamophobie wird 2008 zunehmen, das sehen wir an den Anti-Terror-Gesetzen in Deutschland und in Europa im Allgemeinen, aber auch (in der Entwicklung) der Einwanderungsgesetze in Frankreich und Deutschland“, sagt der Vorsitzende der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland, Dr. Ibrahim al-Zayyat. (...)

Wohin wird sich die Islamophobie in Europa entwickeln? Zayyat erklärt dazu: „Ich sage nicht, dass wir einem ‚Kristalljahr‘ entgegensehen, wie es den Juden am 9/10. November 1938 widerfahren ist. Aber ich betone, dass wir an einem sensiblen Punkt angekommen sind. Die Islamophobie nimmt zu und wir wissen nicht, wo dies hinführt, wenn wir nichts unternehmen, um sie einzudämmen.“

Neben den „Pessimisten“, die vor einer wachsenden Islamfeindlichkeit warnen, gäbe es, so der Autor von *Islam-Online*, allerdings auch zahlreiche Muslime, die auf offizieller Ebene eine wachsende Bereitschaft ausmachen, das Problem der Islamophobie anzuerkennen. Als Beispiel für eine solche Anerkennung wird dabei eine Rede des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy angeführt, in der er Antisemitismus und Islamophobie gleichermaßen verurteilte.

Yahmid lässt offen, wie er selbst die Situation einschätzt. Die von Lesern des Artikels hinterlassenen Kommentare bestärken indes eine pessimistische Einschätzung. Diese bleibt allerdings nicht unwidersprochen. Ein französischer Muslim wendet sich in einem kurzen Kommentar nicht nur gegen den Vergleich der Situation der Muslime mit den Judenverfolgungen in Deutschland. Bei allen Problemen, denen sich die Muslime in Europa gegenübersehen, lebten sie doch im Vergleich zur Situation in islamischen Ländern in relativer Sicherheit und Freiheit.

3. PUBLIKATIONEN

„Rap for Q-Rage“-Contest

„Ich bin ein Berliner“ sagt der aus dem Libanon stammende 18-jährige Hassan Akkouch, 18 und ursprünglich aus dem Libanon, „weil ich mich mehr berlinerisch fühle als libanesisch. Warum ich nicht sage, dass ich deutsch bin? Weil mich Deutschland nicht will! Ich nenne mich HasS, weil ich wegen dem Hass auf die Politiker und Gesetze angefangen habe zu rappen.“ Akkouch ist der Gewinner des ersten Rap-Contests, den das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) vor zwei Jahren veranstaltet hat. Auch im Folgejahr gewann er den Wettbewerb.

11 Tracks von HasS und Jeffrey John sind auf einer CD zu hören, die SOR-SMC kürzlich herausgebracht hat. Die Songs zeigen, dass Rap von der Straße nicht diskriminierend, „beleidigend oder prügelgeil“ (Kiss FM über HasS und Jeffrey John) sein muss, um glaubwürdig zu sein. Akkouch ist auch als Breakdancer schon international erfolgreich gewesen und versucht, sein Können und seine Haltung auch anderen Jugendlichen weiterzugeben: „Dieser Track ist für alle meine Kids im Block, hört auf mit der Scheiße, fangt an zu begreifen, meine Kids im Block...“.



Cover der "Rap for Q-rage"-CD

Sein vielfältiges Engagement und seine Vorbildfunktion für viele Jugendliche haben ihn und seine Familie, die 1990 vor dem Bürgerkrieg aus dem Libanon geflohen war, aber nicht davor bewahrt, lange Zeit unmittelbar von Abschiebung bedroht zu sein. Bevor er kürzlich einen festen Aufenthaltstitel erhielt, lebten er und seine Familie in ständiger Angst vor einer Abschiebung in den Libanon. „Was tut der Staat“, nannte Akkouch angesichts dieser Notlage einen Song.

Mehr zur CD und zum zweiten Rap-Contest, der im Dezember stattfand unter: www.schule-ohne-rassismus.org.

Frauenmagazin „Gazelle“

Gazelle heißt ein „multikulturelles Frauenmagazin“, dessen dritte Ausgabe jetzt erschienen ist. Die „Vielfalt darzustellen“ und einen „Dialog zwischen allen Denkrichtungen und Herkünften“ zu schaffen, ist das Ziel des Magazins, sagt Chefredakteurin Sineb El-Masrar.

In der aktuellen Ausgabe erscheinen dazu unter anderem Lebensgeschichten von Frauen unterschiedlicher Herkunft, die in Deutschland leben. Besonderen Raum nimmt auch die Auseinandersetzung mit der Situation von Frauen im Nahen und Mittleren Osten ein. Ein Interview mit der saudischen TV-Moderatorin Rania Al-Baz, die von ihrem Ehemann fast zu Tode geprügelt wurde und jetzt in Beirut arbeitet, verdeutlicht wie stark die saudische Gesellschaft von Religion, Ehrbegriffen und Traditionen geprägt ist. Dass diese auch von Müttern gegen ihre eigenen Töchter vertreten und durchgesetzt werden, zeigt die Geschichte von Rola Q. aus Jordanien. In verschiedenen Serviceteilen macht das Magazin zudem auf Bücher oder etwa die ägyptische Frauenorganisation shayfeen.com aufmerksam. Interessant für Multiplikatoren ist auch der Hinweis auf den Film „Wut“, ein Film über Jugendgewalt, der jetzt vom WDR als DVD mit diversen Arbeitsblättern herausgegeben wurde. (s. www.schlauer.wdr.de)



Mehr zur Gazelle gibt es unter www.gazelle-magazin.de.

Bericht über „Demokratiegefährdung in Berlin-Mitte“

In einem Projektbericht gibt das ‚ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur‘ (Berlin) einen Überblick über islamistische, türkisch-nationalistische und rechtsextremistische Entwicklungen im Bezirk Berlin-Mitte. Die Autorinnen Claudia Dantschke und Claudia Luzar beschreiben dabei im Detail die Organisationsstrukturen, bieten aber zugleich auch eine politisch-ideologische Einordnung der verschiedenen Akteure. Trotz des ausdrücklichen Bezugs auf Berlin-Mitte ist der Bericht auch über den Bezirk hinaus interessant. Viele der hier untersuchten Vereine sind auch in anderen Städten im Bundesgebiet aktiv.

In ihren anschließenden Handlungsempfehlungen legen die Autorinnen großen Wert darauf, die Debatte um den Islamismus nicht mit dem Integrationsdiskurs zu vermengen. Zudem stellen sie klar: „Die Darstellung islamistischer Gruppen, wie z.B. in diesem Bericht, wird oft als Forderung missverstanden, die Kontakte zu diesen Gruppen abubrechen. Dem muss entschieden widersprochen werden. Selbstverständlich soll der Dialog auch mit Einrichtungen z.B. der Muslimbruderschaft oder der Milli Görüs aufrecht erhalten werden. Entscheidend ist die Frage, wie dieser Dialog gestaltet wird. Symbolische Aktionen, die zur Aufwertung und zum Prestigegewinn problematischer Organisationen führen, sind dabei eher kontraproduktiv. Auch stellt sich die Frage, ob die vom Bezirk/Kommune zu leistenden Aufgaben ausgerechnet an Gruppen dieses Spektrums übertragen werden sollten, einschließlich staatlicher Finanzierung.“

Der Bericht ist als pdf-e-book gegen eine Gebühr in Höhe von EUR 5 zu beziehen unter: info@zentrum-demokratische-kultur.de.

BMI-Studie über Einstellungen zu Religion, Demokratie und Gewalt unter Muslimen

Als "besorgniserregend" bezeichnete Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble die Ergebnisse einer vom BMI in Auftrag gegebenen Studie. (↗) Angesichts der Ergebnisse der Untersuchung, die unter dem Titel „Integration und Integrationsbarrieren von Muslimen in Deutschland“ erschienen ist, sprach Schäuble von einem „ernstzunehmenden islamistischen Radikalisierungspotenzial“. Mit der Studie sollten erstmals fundierte Erkenntnisse über Einstellungsmuster und Handlungsorientierungen von in Deutschland lebenden Muslimen erhoben werden. Den Autoren Katrin Brettfeld und Peter Wetzels von der Universität Hamburg ging es dabei unter anderem um die Frage, inwieweit sich Muslime in Deutschland mit dem Islam und mit der hiesigen Gesellschaftsordnung identifizieren. Tatsächlich scheint die Studie deutlich zu machen, „in welchem Umfang die deutsche Verfassungsordnung zugunsten religiös motivierter radikaler Einstellungen abgelehnt wird“ – so jedenfalls die BMI-Pressemitteilung.

Allerdings bleibt fraglich, ob die gelieferten Zahlen solche Rückschlüsse wirklich zulassen. So weisen zwar 13,9% der Befragten eine hohe Demokratie-Distanz und/oder hohe politisch-religiöse Gewaltlegitimation auf. Diese Zahl der „Demokratieresistenten“ entspricht allerdings in etwa derjenigen unter der nicht-muslimischen Bevölkerung. Bei 5,4% wird schließlich eine hohe Islamismusaffinität (extreme Abwertung von Andersgläubigen und –denkenden, Scharia-recht wird über die Demokratie gestellt) festgestellt. Hohe Islamismusaffinität in Verbindung mit hoher politisch-religiöser Gewaltlegitimation – also jene Kombination, die am ehesten als Hinweis auf eine bestehende Terrorismusgefahr zu deuten wäre – wiesen indes „nur“ 1,1% der befragten Muslime auf.

In der Öffentlichkeit wurden derweil vor allem zwei Ergebnisse wahrgenommen: Dass nämlich etwa 6% der in Deutschland lebenden Muslime „gewaltaffin“, also theoretisch für Gewalttaten mobilisierbar seien, und fast 40% fundamental-religiöse Orientierungen vertreten würden. Letzteres, darauf wiesen die Autoren wiederholt hin, sei aber nicht mit „Fundamentalismus“ oder „Islamismus“ gleichzusetzen. Vielmehr ginge es hier um „stark religionsbezogene“ Individuen. Als Kriterien hierfür werden die Bedeutung der koranischen Vorgaben im Alltag und die Höherwertigkeit des Islams gegenüber Juden- und Christentum genannt. Vergleichbar „hochreligiös“ sind nach einer Bertelsmann-Studie aber auch 20% der Deutschen. Und: 80% der Befragten finden es „wichtig, dass die Lehre des Islam an die Bedingungen der modernen Welt angepasst wird.“

Insgesamt lohnt es, sich intensiv sowohl mit den einzelnen Ergebnissen der Studie als auch mit den angelegten Kriterien zu beschäftigen. Dies wird durch die 34-seitige Kurzfassung (7) der Studie erleichtert, die zudem eine Zusammenfassung der Ergebnisse von 60 qualitativen Interviews enthält, die mit Muslimen aus dem Umfeld von Moschee- und Kulturvereinen geführt wurden.

Von Kritikern der Studie wurde unter anderem befürchtet, die Untersuchung könne die Assoziation von Islam und Gewalt im öffentlichen Bewusstsein weiter verfestigen. Es sei daher auf ein weiteres Ergebnis hingewiesen, das sich aus den vorgelegten Zahlen ergibt, aber nicht thematisiert worden ist: Auch unter den 5,4% „Islamisten“ ist eine große Mehrheit (ca. 80%) gegen Gewalt. Oder anders herum: Von den 13,9% der als gewaltbereit und/oder demokratieresistent ausgewiesenen Muslimen gehören über 60% nicht dem explizit islamistischen Spektrum an.

Dem entspricht die zu recht als alarmierend bewertete Erkenntnis, dass die Legitimation von Gewalt gegen Ungläubige, wenn sie der islamischen Gemeinschaft dient, mit über 20% unter Schülern weit stärker verbreitet ist als in der allgemeinen muslimischen Bevölkerung. Für diese Werte dürften solche Faktoren ausschlaggebend sein, die neben den Fragen zu Religion, Gewalt und Demokratie in der Studie weiten Raum einnehmen: Es gibt ein starkes Empfinden unter Muslimen, von der Mehrheitsgesellschaft nicht angenommen und diskriminiert zu werden. Jenseits der Frage, was dabei Ursache und was Wirkung ist, sind hier zunächst die bloßen Zahlen bemerkenswert: Nur 12,2% der insgesamt Befragten fühlen sich als „überwiegend deutsch“, während sich 56,4% eher dem Herkunftsland verbunden fühlen. 46,3% haben keine oder kaum deutsche Freunde und 38,4% sprechen im Freundeskreis nie oder selten deutsch. Zudem gaben über die Hälfte der befragten Schüler und Studenten an, im vergangenen Jahr mittlere bis sehr schwere Formen von Diskriminierung erfahren zu haben.

Insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen dürften solche Erfahrungen ein Phänomen bestärken, das die Autoren neben den Integrationsbarrieren Bildungsferne und sozialer Marginalisierung als Hauptursache für Demokratieresistenz und Gewaltbereitschaft anführen. Auch bei Muslimen mit „günstigen Partizipationsoptionen (vermittelt über hohe Bildung)“ finde sich nämlich eine starke „Wahrnehmung einer stellvertretenden Viktimisierung im Sinne kollektiver Marginalisierungswahrnehmung“. Sprich: Viele Muslime fühlen sich auch unabhängig von eigenen Erfahrungen als Teil einer Gruppe, die Opfer von – tatsächlichen oder vermeintlichen – Diskriminierungen wird. Diese Opferwahrnehmung kann sich sowohl auf die Situation



BMI-Studie "Muslime in Deutschland"

in Deutschland als auch auf internationale Auseinandersetzungen wie den Palästina-Konflikt beziehen. Gerade bei Jugendlichen dürfte dies eine Besinnung auf die „eigene“ Gemeinschaft und deren postulierte Identitätsmerkmale befördern. Daraus ergibt sich – und auch das betonen die Autoren – sowohl die Notwendigkeit verstärkter Integrationsbemühungen seitens der Mehrheitsgesellschaft als auch die Priorität von Prävention insbesondere in Pädagogik und Jugendarbeit.

Hier können Sie weitere Presseberichte zur Studie „Muslime in Deutschland“ finden. ([↗](#))

4. AUS DEM PROJEKT

Veranstaltung zu Homophobie bei jugendlichen Migranten

Das Bildungsniveau spielt für die Verbreitung homophober Einstellungen eine eher untergeordnete Rolle. Es kommt vielmehr auf die Bildungsinhalte an, ob Jugendliche und junge Erwachsene anfällig für feindselige Einstellungen gegen Homosexuelle seien. Mit diesem Ergebnis einer neuen Studie zur Verbreitung und zu Erscheinungsformen von Homophobie unter Berliner Jugendlichen begann Prof. Bernd Simon ein Fachgespräch, zu dem *ufuq.de* und MaDonna e.V. im Rahmen des bpb-Modellprojekts „Jugendkultur, Religion und Demokratie“ eingeladen hatten. Die Veranstaltung, die im Dezember 2007 im Rathaus Neukölln stattfand, richtete sich gezielt an Pädagogen und Jugendarbeiter. Einen deutlichen Zusammenhang erkannte Simon indes zwischen Religiosität und Männlichkeitsnormen auf der einen und Homophobie auf der anderen Seite. Dies sei bei Jugendlichen türkischer Herkunft stärker ausgeprägt als bei den Vergleichsgruppen russischer und deutscher Jugendlicher. Knapp 80% der befragten männlichen Jugendlichen mit türkischem Familiennachgrund finden es „abstoßend“, wenn sich zwei Männer auf der Straße küssen (diese Meinung wird von „nur“ 48% der „deutschen“ Jugendlichen geteilt). Schwule gelten zudem als schwach und weiblich bzw. unmännlich. Vielfach werde die Existenz von Schwulen und Lesben schlicht bestritten: „Gibts bei uns nicht“, heißt es dann, womit gleichzeitig deutlich gemacht wird, dass Homosexuelle nicht zur Wirkgruppe zählen, sondern als Eindringlinge – schwul sind Deutsche oder Juden – wahrgenommen werden. Vor diesem Hintergrund wird die Homosexualität der eigenen Tochter oder des eigenen Sohns oft als weniger „schlimm“ erlebt als ein mögliches öffentliches Outing. Nicht selten komme es dann auch zu „präventiven“ Zwangsverheiratungen. Zudem spiele der Islam in der Bewertung und Behandlung von Homosexuellen eine große Rolle, so Simon.



Plakatkampagne des Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg

Demgegenüber betonte Bali Saygili (MILES im LSVD/Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg) die Bedeutung von Traditionen und erklärte, dass Religion oft eher der Legitimation von Homophobie diene. Dementsprechend schätzte er auch die mögliche Rolle von Imamen bei der Begegnung von Homophobie unter Jugendlichen ein: Während Simon in ihnen kaum einen Partner sehen konnte, verwies Saygili auf ein Netzwerk von Moscheen, religiösen Muslimen und Lesben- und Schwulenverbänden, das in den Niederlanden erfolgreich für Toleranz gegenüber Homosexuellen gearbeitet hätte. Aus seiner praktischen Arbeit mit Jugendlichen berichtete Saygili, dass diese dem Thema Sexualität und Homosexualität in der Regel offen und neugierig gegenüber stünden, wobei dies stärker für Mädchen als für Jungen gelte.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund plädierte er auch dafür, die pädagogische Arbeit bei Bedarf getrenntgeschlechtlich durchzuführen. Auch persönliche Kontakte und ein Kennenlernen von Schwulen und/oder Lesben fördere in der Regel die Bereitschaft, sich mit anderen sexuellen Orientierungen auseinanderzusetzen. Dies forderte Saygili auch von Migrant*innenverbänden, deren Repräsentanten sich zwar oft nach außen offen für das Thema gäben, dieses aber nicht „nach unten“ in die Verbände und Vereine weiterreichten. Einig waren sich Simon und Saygili auch in der Einschätzung, dass sich die Mehrheitsgesellschaft viel eindeutiger gegen Homophobie positionieren müsse. Migrantische Jugendliche spürten sehr genau, wenn ihre Einstellung auf heimliche Sympathien stoßen. Große Bedeutung maßen beide Referenten auch dem individuellen Selbstwertgefühl der Jugendlichen bei: Alles was dieses stärke, verringere die Attraktivität von gruppen-diskriminierenden Ideologien auf der Suche vieler Jugendlicher nach Identität und Orientierung.

(Informationen zum Beratungsangebot von MILES finden Sie [hier](#).)

Impressum: *ufuq.de – Medienforschung und politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft*, Dieffenbachstr. 74, 10967 Berlin, info@ufuq.de.

Redaktion: Götz Nordbruch und Dr. Jochen Müller.
Redaktionelle Mitarbeit: Berke Tataroglu.
Der Newsletter erscheint sechswöchentlich im Rahmen des Modellprojekts „Jugendkultur, Religion und Demokratie. Politische Bildung mit jungen Muslimen“ der *Bundeszentrale für politische Bildung* (BpB). Kooperationspartner sind das Bezirksamt Berlin-Neukölln, die *RAA/Büro für interkulturelle Arbeit* der Stadt Essen, der *RAA Verein in NRW e. V.*, der Berliner Mädchentreff *MaDonna e.V.* und *ufuq.de*.